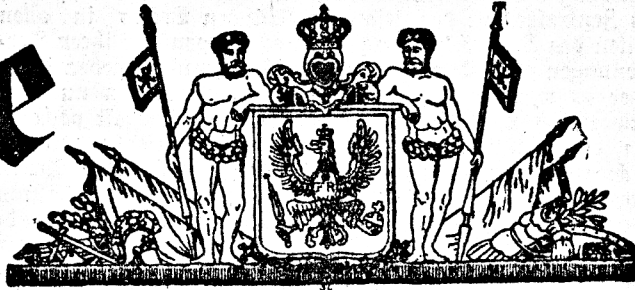


# Vossische Zeitung



Begleitet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wandlung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66<sup>2</sup>/<sub>10</sub> Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Die Kämpfe im Burgenland.

Das Ultimatum in Budapest überreicht.

Wien, 6. September.

Das Entente-Ultimatum ist heute in Budapest überreicht worden. Es fordert die bedingungslose Räumung des Burgenlandes und lehnt mit Entschiedenheit die von der ungarischen Regierung datan geknüpften finanziellen Forderungen zu Deutsch-Oesterreich ab.

Im niederösterreichischen Kampfgebiet ist durch die Aktion der bereits mehrere Bataillone starken deutsch-österreichischen Wehrmacht das Unwesen der ungarischen Banden zum Stillstand gebracht worden. Der Ort Kirschschlag wird, nachdem er zurückerobert wurde, von den Deutschösterreichern gehalten, doch sind noch Teile des niederösterreichischen Gebietes von den ungarischen Freischaren, die dort und entlang der westungarisch-österreichischen Grenzen überall Schützengräben aufgeworfen und starke Befestigungen angelegt haben, besetzt.

Durch Wien zog heute gegen 11 Uhr ein von außerhalb kommendes Bataillon mit klingendem Spiel. Die Leute rückten mit Stahlhelmen aus. Leider verfügt Deutschösterreich nur über so schwache Kräfte, daß es eine bedeutende Aufgabe sein wird, die Grenze zu schützen.

Bundeskanzler Schober erstattete vor dem Bundesrat einen Bericht, worin er u. a. sagte, er habe auf seine Warnungen an die Mächte, die Besitzergreifung des Burgenlandes werde sich nicht so einfach vollziehen, und auf seine daran geknüpfte Bitte, mit der österreichischen Wehrmacht in das Land zu gehen, diese wörtliche Antwort erhalten: „Jede solche militärische Aktion ist ausgeschlossen und die Beurteilung, welche Exekutivmittel zur Durchführung des Vertrages und zur Aufrechterhaltung der Ruhe notwendig sind, obliegt der militärischen Kommission in Oedenburg, die souveräne Rechte hat.“

Die Form dieser Antwort sei derart entschieden gewesen, daß er nichts mehr dagegen unternehmen konnte. Er habe jedoch noch in den Tagen bis zur Räumung jede Gelegenheit benützt, die ungarische Regierung ebenso wie die drei Generäle in Oedenburg und die hohen Mächte darauf aufmerksam zu machen, daß sich in Westungarn allerhand bedenkliche Anzeichen mehren, und daß es daher notwendig ist, dagegen Vorkehrungen zu treffen.

Er habe dann, als die berichtigten Detachements in Westungarn auftauchten, neuerlich darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um reguläre Truppen handle, und daß deren Anwesenheit mit den Vorschriften über die Uebergabe im Widerspruch stehen. Er habe schließlich die Versicherung erhalten, daß diese Truppen aus Gendarmen bestünden, die eben die von ihm geäußerten bedenkllichen Anzeichen zu beseitigen hätten. Er habe noch am Sonnabend abend von neuem der ungarischen Regierung, der Generalkommission und dem Vorkommerrat in Paris Mitteilungen über diese bedenkllichen Anzeichen gemacht und habe noch am Sonntag mittag beruhigende Zusicherungen erhalten.

Die deutschösterreichische Regierung hätte sich genau an die Vorschriften der Entente halten müssen, und die Entente sehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Oesterreich mit Truppen nicht in das Burgenland hineingehen dürfe. Die Regierung konnte nichts anderes tun, als alle diplomatischen Mittel anzuwenden.

Die Wiener Zeitungen stimmen darin überein, daß der ungarische Einbruch auf deutschösterreichisches Gebiet der Beginn einer Katastrophe sein kann.

## Rücktritt Doumers?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 6. September.

Wie die Zeitung „Bon Soir“ mitteilt, soll sich die Wunde, die sich der Finanzminister Doumer vor einigen Tagen zugezogen hat, wieder geöffnet haben, so daß er gezwungen ist, den größten Teil des Tages liegend zu verbringen. Andererseits, sieht das Blatt hinzu, kündige man eine Reihe von finanziellen Verhandlungen mit England an. Unter diesen Umständen fragt man sich, ob der augenblickliche Gesundheitszustand des Finanzministers ihm erlauben wird, alle die Mühen der neuen Verhandlungen auf sich zu nehmen.

\*

Der „Temps“ kommt wiederum auf die Weigerung Frankreichs zu sprechen, das Finanzabkommen vom 13. August anzuerkennen. Das Blatt, das früher die Theorien Keynes' abgelehnt hatte, macht sie heute zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen. Wenn man sicher wäre, heißt es in dem Artikel, daß Deutschland die in dem Londoner Abkommen festgesetzte Summe pünktlich zahlen würde, so hätten die Abmachungen vom 13. August lediglich die Wirkung, daß England vor Frankreich und selbst vor Bel-

gien befriedigt werde. Falls aber Deutschland die Erfüllung der Londoner Bedingungen überhaupt einstelle, so wäre England bezahlt, ohne daß Frankreich und Belgien etwas erhielten.

Der „Temps“ stellt fest, daß die Frage der deutschen Zahlungsunfähigkeit erst nach der Finanzkonferenz aufgetaucht sei, so daß sie auf dieser Konferenz selbst nicht mehr hätte in Betracht gezogen werden können. Für die neuen Verhandlungen sei es unbedingt nötig, daß die französischen Unterhändler, die Frage offen und frei aufwerfen.

„Es handelt sich nicht einfach darum“, schreibt der „Temps“ weiter, „das Andenken unserer Toten anzurufen oder auf der Grundlage von Texten zu plädieren. Eine lediglich sentimentale Beweisführung erschöpft schnell ihre Wirksamkeit, und eine rein juristische Behandlung hat gar keinen Wert, weil kein Gericht da ist, das das Urteil fällen kann. Man braucht Kompetenz und Initiative. Lassen wir uns nicht von einer Offenststellung in das Gegenteil zurückdrängen, indem wir immer weinen und niemals etwas unternehmen.“

## München verhandelt weiter.

Vor einer Lösung der Krise?

Entsendung einer Delegation nach Berlin.

München, 6. September. (B. L. B.)

Unter der Ueberschrift: „Bayern und das Reich“ teilt die „Bayerische Staatszeitung“ mit:

Heute vormittag traten fast alle Fraktionen des Landtags zu Beratungen zusammen. Um 11 Uhr versammelten sich die Führer der Koalitionsparteien, um zur Lage und zu den gestrigen Beschlüssen des Ministerrats Stellung zu nehmen. Den Beratungen wohnten auch Ministerpräsident Dr. von Kahr und Staatssekretär Dr. Schwegler bei.

Das Ergebnis der Beratungen war, wie wir erfahren, daß Uebereinstimmung dahin erzielt wurde, daß mit Berlin wegen der Frage der Verordnung des Reichspräsidenten und des bayerischen Ausnahmezustandes weiter verhandelt werden soll. Zu diesem Zwecke werden sich Staatssekretär Dr. Schwegler mit zwei Referenten und die Abgeordneten Held (Vorsitzender der Landtagsfraktion der bayerischen Volkspartei) und Dr. Dirr (der Führer der demokratischen Landtagsfraktion) nach Berlin begeben.

## Die Koalitionsparteien gegen Kahr.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

München, 6. September.

Den Beratungen der Führer der Koalitionsparteien des bayerischen Landtages, die heute vormittag begannen, wohnten Ministerpräsident von Kahr und Staatssekretär Schwegler bei. Ueber das Ergebnis der Beratungen ist ein amtlicher Bericht nicht ausgegeben worden. Inoffiziell erfährt man, daß wegen der Verordnungen des Reichspräsidenten und der Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes mit der Berliner Regierung weiter verhandelt werden soll. Zu diesem Zweck werden sich Staatssekretär Dr. Schwegler mit zwei Referenten und die Abgeordneten Held und Dr. Dirr heute abend nach Berlin begeben.

Heute ist Reichswehrminister Gessler in München eingetroffen. Er hat an einer Beratung der demokratischen Fraktion, zu der auch Parteimitglieder aus dem Lande zugezogen waren, teilgenommen. Reichswehrminister Gessler wird sich auch mit der bayerischen Regierung ins Einvernehmen setzen, um mit ihr über die schwebenden politischen Fragen zu verhandeln.

Bei den heutigen Beratungen der Koalitionsführer hat wie gestern im Ministerrat die Grundfrage gelaute: Haben auf Grund der Weimarer Verfassung die Gliedstaaten noch die Polizeigewalt, haben sie noch eine Justizhoheit? Diese Frage wurde von allen Beteiligten, von geringen Einschränkungen abgesehen, bejaht, da sich in der ganzen Weimarer Verfassung keine Zeile darüber findet, daß den Ländern Polizeigewalt und Justizhoheit genommen worden sind.

Neben der demokratischen Fraktion haben heute auch die Bayerische Mittelpartei, die Sozialdemokraten und die U. S. P. Fraktionen teilgenommen. Vor der Beratung der Koalitionsführer hatte der Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Held eine längere persönliche Besprechung mit dem Ministerpräsidenten.

Um 4 Uhr begann dann die Sitzung des ständigen Ausschusses des Landtags. Zu Beginn der Sitzung wurde der Abg. Held von der Bayerischen Volkspartei zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Hierauf fragte ein Sozialdemokrat, ob die Regierung gewillt sei, dem ständigen Ausschuss Mitteilungen zu machen. Staatssekretär Schwegler erklärte, die Verhandlungen schwebten noch und würden morgen, Mittwoch, fortgesetzt. Er könne deshalb im Augenblick keine weiteren Erklärungen abgeben.

Endlich gab es noch eine Debatte darüber, wann der Ausschuss wieder tagen solle. Der sozialistische Abgeordnete Aldermann

forderte, daß der Landtag in diesen entscheidenden Fragen unbedingt gehört werden müsse, ehe die Regierung das letzte Wort gesprochen habe. Er schloß seine Rede mit den Worten: „Wir appellieren an das Recht und verlangen, daß der Ausschuss morgen tagt, um Stellung zu nehmen, was zu machen ist, wenn Staatssekretär Schwegler seine von ihm angekündigte telefonische Mitteilung von Berlin aus gegeben haben wird. Wenn der Ausschuss der Regierung nicht sagt, was sie bei Vorgängen wie in Koburg zu tun habe, dann wird es nicht zu verhindern sein, daß morgen wieder eine friedliche „enge, die für die republikanische Verfassung eintritt, von bewaffneter Macht angegriffen und zum Teil über den Haufen geschossen wird.“

## Die bayerische Friedensdelegation.

Die bayerischen Koalitionsparteien haben, wie es jetzt den Anschein hat, den Widerstand, der sich noch immer in einigen Teilen des Kabinetts Kahr gegen eine ruhige und besonnene Lösung des Konfliktes mit der Reichsregierung geltend machte, beseitigt. Obwohl besonders in den Reihen der Bayerischen Volkspartei die Regierung Kahr beachtenswerte Unterstützung gefunden hatte, wird nun gerade ihr diplomatisch besonders begabter Führer, Geheimrat Held, zusammen mit dem demokratischen Landtagsabgeordneten Dirr heute hier als Friedensunterhändler eintreffen. Vermutlich werden bereits im Laufe des heutigen Vormittags die Verhandlungen mit der Reichsregierung aufgenommen werden. Jeder gute Deutsche kann nur wünschen, daß diese Verhandlungen endlich zu einer Einigung führen, denn so gewinnbringend der Konflikt zwischen dem Reiche und Bayern für alle diejenigen sein mag, die es in ihrem Parteinteresse wünschen müssen, die innere Situation des Reiches weiter zu verwirren, so wird jeder, dem die Einheit des Reiches unantastbar heilig und höchstes Nationalgut ist, jede Einigung mit besonderer Freude begrüßen.

Freilich sollte man, wenn es irgend möglich ist, diesmal ganze Arbeit tun. Seit der Revolution sind die ohnehin schon unendlich großen inneren Schwierigkeiten des jungen Reiches ständig durch eine Kette von Konflikten und Gegenfragen zwischen München und Berlin vermehrt worden. Bald war in München Not Trumpf, wenn in Berlin von gemäßigten Richtungen das Ruder geführt wurde. Seit dem Sturz der Münchener Räterepublik ist an der Isar neben der blauweißen Flagge das schwarz-weiß-rote Banner entrollt, das mit den schwarz-rot-goldenen Reichsfarben durchaus nicht harmonisieren will. Daß diese Gegenläufe sich so dauernd erhalten und sogar noch vertiefen konnten, mag durch die bajorische Dickschädlichkeit auf der einen Seite und durch eine gewisse Schroffheit auf der andern Seite zu einem Teil zu erklären sein. Aber im Grunde genommen zeigen sich eben hier doch die Mängel der Weimarer Verfassung und es rächt sich der geringe Mut, den die Schöpfer der Reichsverfassung in der ersten deutschen Nationalversammlung bewiesen, als sie sich nicht getrauten, die Kompetenzen zwischen der Reichseinheit und den berechtigten Sonderinteressen der Länder klar und unzweideutig abzugrenzen.

Wenn man damals die Einheit des Reiches auf der vollen kulturellen Autonomie der einzelnen deutschen Reichsglieder aufgebaut hätte, und wenn den in den Ländern organisierten deutschen Stämmen für die Regelung ihrer geistigen und kulturellen Lebensbedürfnisse die nötige Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit gewährt worden wäre, so hätte man für wirtschaftliche und politische Fragen die volle Reichseinheit herstellen und der Zentralgewalt alle Macht geben können. Leider hat man auf der einen Seite den Zentralismus überspannt, indem man dem Reich in einer ganzen Reihe von Dingen weitgehende Befugnis gegeben hat, die nur nach der Eigenart der Stämme lebensfähig geregelt werden können, und hat auf der anderen Seite sowohl politisch wie wirtschaftlich die alte Bundesstaatserei weiter bestehen lassen. Solange neben der Reichsregierung unter solchen Umständen in den Ländern vielgliedrige Regierungen bestehen, die vielfach parteimäßig ganz anders zusammengesetzt sind als die Zentralgewalt in Berlin,